

Altersbeschränkung für Lachgas

CDU-Fraktion stärkt Gesundheitsschutz von Kindern und Jugendlichen
Seite 2

Zehn Punkte-Plan für mehr Sauberkeit und ein lebenswerteres Berlin

Mehr Papierkörbe, mehr Mülltrennung und höhere Bußgelder
Seite 4

Harte Strafen für Clan-Verbrecher – Zeugen schützen

Berlin verschärft den Kampf gegen Organisierte Kriminalität (OK). Als nächsten Schritt sollen Zeugen und Gerichtsmitarbeiter sowie deren Angehörige vor Drohungen und Gewalt besser geschützt werden. Die CDUgeführte Koalition hat hierzu einen entsprechenden Antrag im Abgeordnetenhaus beschlossen.

Mit ihren Bedrohungen wollen Täter auf Strafverfolger und Zeugen Druck ausüben und diese einschüchtern. Dem soll durch eine Anpassung des Straftatbestandes Einhalt geboten werden.

Wer versucht, auf diese Weise eine günstigere Entscheidung des Strafverfahrens zu erreichen, kann mit Freiheitsstrafen von sechs Monaten und bis zu fünf Jahren belangt werden, heißt es in dem Antragstext.

Berlin kann leider nicht allein über die Strafverschärfung entscheiden. Es braucht die Unterstützung auf Bundesebene. Der Senat wird sich mit einer entsprechenden Bundesratsinitiative dafür stark machen. Da auch andere Länder zunehmende Bedrohungen bei OK-Verfahren beklagen, schätzen Experten die Erfolgsaussichten der Berliner Initiative positiv ein.



Zeugen und Justizbeschäftigte besser schützen Foto: IMAGO/Joko

klartext

NEU

zur Stadt, Ihrem Kiez & dem Berliner Parlament

Zeitung der CDU-Fraktion Berlin | Oktober 2024

Neues Bürgeramt

Es geht voran beim Abbau des Terminstaus: Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner (v.l.) eröffneten in Berlin Staaken ein neues Bürgeramt. Ein weiteres soll bis Ende dieses Jahres in Marzahn folgen. Mehr Ämter, mehr Digitalisierung gleich besserer und schnellerer Service für Berliner.



Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Strategiewechsel in der Asylpolitik

CDU-Fraktion Berlin beschließt auf Klausur ein großes Maßnahmenpaket

Die CDU-Fraktion Berlin hat ihre Position bei Migration, Flucht und Asyl bestimmt und fordert einen echten Strategiewechsel in der Asyl- und Migrationspolitik.

Ende des individuellen Asylrechts

Beschlossen wurde der Strategiewechsel nach Beratungen mit Experten wie der Ethnologin Susanne Schröter und Nahost-Experte Ahmad Mansour. In dem Papier heißt es: „Aktuell hilft unser Asylsystem nicht denen, die wirklich auf Hilfe und Schutz angewiesen sind, sondern belohnt diejenigen, die es irgendwie schaffen, die deutsche Grenze zu erreichen.“ Daraus resultiere eine Überforderung bei Schul- oder Kitaplätzen, Sprachkursangeboten oder der Bettenzahl in den Unterkünften. Stattdessen wird eine vorausschauende, proaktive und planmäßige Flüchtlingspolitik gefordert.

“
Statt eines individuellen Asylrechts braucht es jährliche Maximalkontingente.

Positionspapier der CDU-Fraktion Berlin

Im Text machen die Abgeordneten klar, welche Lösung sie für geeignet halten: „Statt eines individuellen Asylrechts braucht es jährliche Maximalkontingente. So ist es möglich eine planbare und nachhaltige Aufnahmeleistung zu erbringen und die Bedürfnisse der Schutzsuchenden mit den Kapazitäten unseres Aufnahme- und Integrationssystems in Einklang zu bringen.“

Neben diesem grundsätzlichen Wechsel hat die Fraktion aber noch zahlreiche weitere Maßnahmen beschlossen. So soll es etwa keinen generellen Winterabschiebestopp in Berlin mehr geben, Sonderaufnahmeprogramme sollen eingestellt und die Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit eingeführt werden. Gleichzeitig möchte man Migranten mit Bleibeperspektive schneller in Arbeit bringen, damit sie nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind. In diesem Zusammenhang wird

das Mentoring-Programm aus Kanada als Positivbeispiel hervorgehoben. Auch gemeinnützige Arbeit wird gefördert. Ergänzend sollen aber auch gezielt klein- und mittelständische Unternehmen bei der Anwerbung und Einstellung unterstützt werden. Schließlich werden Arbeitskräfte in allen Branchen gesucht.

40 Punkte für den Strategiewechsel

Insgesamt 40 Punkte zur Steuerung der Migration, zur besseren Integration, zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Unterstützung der Wirtschaft haben ihren Weg in den Beschluss gefunden. So fordert die CDU-Fraktion Berlin die Einführung einer Bezahlkarte, möchte mehr Asylbewerber ohne Bleibeperspektive abschieben und hat sich bereits seit längerer Zeit für dauerhafte Grenzkontrollen und Zurückweisungen ausgesprochen.

GESUNDHEITSSCHUTZ

14,6 Jahre

lautet das Einstiegsalter bei Cannabis – bis zu 30.000 Euro Bußgeld gegen gewissenlosen Cannabis-Konsum

Seite 7



Damit Berliner wieder besser vorankommen

Interview mit Berlins neuer Verkehrsministerin Ute Bonde und dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion Dirk Stettner

Seite 3

Damit der Ruhestand in Berlin noch lebenswerter wird

Mehr Angebote und Ideen für die Generation „Ü 65“

„Altwerden kannste ooch in Berlin“. Stimmt: Gut 700.000 Menschen unserer Stadt sind über 65 Jahre alt, ein Fünftel der Bevölkerung. Eine bedeutende Bevölkerungsgruppe, die die CDU-Fraktion in den Blick nimmt. Dabei geht es um neue Angebote, vor allem um ausgezeichnete Pflege und Ideen gegen Einsamkeit und auch Verbesserungen im Einzelhandel.

So sollen in Geschäften u.a. Automatik-Türen als Standard den Zugang erleichtern, Stolperfallen bei Aufstellern und abgestellten Paletten und Waren sollen vermieden werden. Preisschilder

sollen in größerer Schrift besser lesbar sein, darüber hinaus soll es Sitzgelegenheiten und Kunden-WCs geben.

Berliner Pflegemedailles

Die schweren Pandemiejahre haben gerade in der Pflegebranche den hohen Handlungsdruck verdeutlicht. Dabei wurde klar, dass sich längst nicht alles mit Geld bezahlen lässt: wie zum Beispiel mehr Wertschätzung für Pfleger und außergewöhnliche Projekte stationärer Pflegeeinrichtungen. Die CDU-Fraktion schlägt daher die Vergabe



Heiterer Plausch bei Sonnenschein Foto: IMAGO/Stefan Trappe

Berliner Pflegemedailles vor. Eine für die oder den besten pflegenden Mitarbeiter, eine weitere für den Träger mit den überzeugendsten Ideen und Engagement.

Die Hinweise sollen von Heimwohnern, deren Angehörigen und einer Vielzahl weiterer Institutionen wie Seniorenvertretern, Landesbeauftragten und auch aus den Bezirken kommen. Die Vergabe erfolgt auf Vorschlag eines Gremiums dann durch den Senat. So sollen Bestleistungen beurkundet und besser sichtbar und die Motivation aller Beteiligten gestärkt werden.

Tag gegen Einsamkeit

Mehr Aufmerksamkeit und Sensibilität will die CDU-Fraktion auch dem Problem des Alleinseins schenken. Jedem zehnten Berliner fehlt es an genügend sozialen Kontakten. Statistisch verschärft sich dieses gesellschaftliche Phänomen, je älter wir werden.

Gerade in der Weihnachtszeit leiden viele Betroffene darunter. Um hierfür das Bewusstsein und den Zusammenhalt zu stärken, soll ein „Tag gegen die Einsamkeit“ am 16. Dezember eingeführt werden.

Friedlicher Badespaß

Berlins Bäderbetriebe sind zufrieden mit der Badesaison 2024. So gab es von Mitte April bis Mitte September rund 1,9 Millionen Besuche – plus 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Sicherheitsrelevante Vorgänge seien dagegen zurückgegangen, hieß es. Das Sicherheitskonzept habe sich bewährt.



Friedlicher Badespaß in diesem Sommer

Foto: IMAGO/Emmanuele Contini

Verwaltungsreform unterstützt

Berlins Handwerk, die IHK und Unternehmensverbände unterstützen nachdrücklich die Reformpläne der CDU-geführten Koalition für die Berliner Verwaltung. „Mit den jetzt erarbeiteten Eckpunkten liegen Vorschläge auf dem Tisch, die das Potenzial haben, das Dickicht der organisierten Nicht-Zuständigkeit zu lichten“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.



Klarere Zuständigkeiten: Bezirk Mitte

Foto: IMAGO/Schöning

Die Altersbeschränkung für Lachgas soll kommen

CDU-Fraktion stärkt Gesundheitsschutz von Kindern und Jugendlichen



Jeder
 >
 fünfte
 bis
 sechste
 <
 Jugendliche
 zwischen 15
 und 18 Jahren
 hat bereits
 einmal Lachgas
 konsumiert.

Kinder und Jugendliche vor Gesundheitsgefährdungen und Missbrauch zu schützen, darum geht es beim Jugendschutz. Damit guter Jugendschutz allerdings funktioniert, muss er sich immer wieder anpassen. Neue Gefahren müssen erkannt und bekämpft werden. Umso erfreulicher ist es, dass mit entsprechender Weitsicht nun die unkontrollierte Abgabe von Lachgas an Kinder und Jugendliche eingedämmt werden soll. Die CDU-Fraktion Berlin hat beschlossen, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, welche Jugendliche vor den Gefahren von Distickstoffmonoxid, dem sogenannten Lachgas, schützen soll. Als zielführend wird hierfür eine Altersgrenze beim Verkauf angesehen.

Die aktuellen Zahlen und Warnungen von Medizinern bestätigen die Christdemokraten aus dem Berliner Abgeordnetenhaus bei ihrem

Vorgehen, denn zuletzt wurde der schnelle Rausch durch Lachgas bei Jugendlichen immer beliebter. So zeigen beispielsweise Untersuchungen der Goethe Universität in Frankfurt am Main, dass etwa jeder fünfte bis sechste Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren bereits einmal Lachgas konsumiert hat. Bis 2015 waren die Zahlen noch deutlich niedriger und stiegen erst seitdem kontinuierlich an.

Was auf den ersten Blick aber harmlos scheint und klingt, kann bei regelmäßigem Konsum erhebliche negative Auswirkungen haben. Wer regelmäßig Lachgas konsumiert, kann einen Vitamin-B12-Mangel und sogar Nervenschädigungen erleiden. Wird zum Beispiel das Lachgas über einen Ballon konsumiert und dabei nicht genügend Unterbrechungen eingehalten, kann es zu einem Sauerstoffmangel im Gehirn

und in den Organen kommen. Auch ein Stillstand des Kreislaufes ist möglich.

Eine körperliche Abhängigkeit von Lachgas mit Entzugerscheinungen gibt es zwar nicht, allerdings kommt es oft zu einer psychischen Abhängigkeit und dem Bedürfnis die Substanz immer wieder zu inhalieren.

Die Deutsche Gesellschaft für Neurologie (DGN) warnt: „Es gilt als vermeintlich risikoarm, da die Wirkung bereits nach wenigen Minuten nachlässt – doch das ist ein massiver Trugschluss!“ Die DGN betont: „Die wenigsten Menschen wissen, dass sie schwere, möglicherweise auch lebenslange Folgen davontragen können.“

Genau vor diesen Folgen sollen die Kinder und Jugendlichen aus Berlin geschützt werden. Es ist gut, dass die CDU-Fraktion bei diesem Thema voran geht.

Gesundheitsgefährdender Kick: Lachgas inhalieren aus einem Luftballon

Foto: IMAGO/Funke Foto Services

Zu hohe Steuern und Abgaben sollen am BER den Abflug machen

CDU-Strategiepapier: Fliegen soll für alle in der Hauptstadtregion bezahlbar bleiben

Fliegen ist am BER teurer als an vielen anderen internationalen Flughäfen. Deshalb müssen die hohen Gebühren und Abgaben runter, damit sich das Berliner und Brandenburger auch in Zukunft noch leisten können. Den Weg dorthin hat die CDU-Fraktion in ihrem Strategiepapier beschlossen.

Hohe Belastungen für BER-Passagiere

Die hohen Kosten sind hausgemacht: Vom Bund aus wurde die Luftverkehrssteuer seit 2020 um 111 Prozent erhöht. Die Sicherheitsgebühr soll im kommenden Jahr um die Hälfte steigen.



Ein Jet auf dem BER-Rollfeld. Abgaben sollen sinken

Foto: IMAGO/Manngold

Aktuell müssen Passagiere am BER 48 Euro für Sicherheit und Steuern zahlen – doppelt so viel wie Fluggäste etwa in Barcelona und London-Gatwick.

Dabei ist das Reisen mit dem Flugzeug ein wichtiges Standbein im Berlin-Tourismus, für zigtausend Urlauber, ebenso wie für unsere Wirtschaft.

Fliegen soll auch in der Hauptstadt-Region bezahlbar bleiben. Deshalb will sich die CDU-Fraktion auf Bundesebene für eine Senkung der Luftverkehrssteuer stark machen, das Berlin-Marketing stärker auf Flugreisende ausrichten und nach Auslaufen von EU-Beschränkungen finanziell stärken.

Neues und faires Gebührenmodell

Für den BER soll darüber hinaus ein neues, faires und bezahlbares Gebührenmodell ausgearbeitet werden. Es soll sich an den Passagierzahlen und Abgaben vergleichbarer europäischer Airports orientieren.

Je attraktiver das Fliegen, um so zukunftssicherer der BER.



Berlins neue Verkehrssenatorin Ute Bonde im Gespräch mit CDU-Fraktionschef Dirk Stettner
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Damit Berliner wieder besser vorankommen

Ein Gespräch mit Berlins neuer Verkehrssenatorin Ute Bonde und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner

klartext: Hallo Frau Bonde. Viele Berliner kennen Sie, allerdings in anderer Funktion. Sie waren Chefin des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg. Kann Berlin jetzt auf mehr Schienenangebote hoffen?

Ute Bonde: „Das auch. Unsere Vorhaben waren so weitsichtig, ein Netz aus U- und S-Bahnen zu bauen, das heute das Rückgrat des ÖPNV ist. Wir pflegen das und bauen es aus. Investitionen in den ÖPNV sind wichtig und weiterhin dringend notwendig. Doch wir haben auch alle anderen Verkehrsteilnehmer im Blick.“

Dirk Stettner: „Die Grünen haben einseitig gegen Autofahrer gekämpft, das machen wir nicht. Für die CDU ist wichtig, dass alle Berliner schnell dahin kommen, wo sie hinwollen – mit dem Verkehrsmittel ihrer Wahl. Wir schreiben das niemandem vor. Und wir benachteiligen auch niemanden. Deswegen bauen wir Straßen sowie den Öffentlichen Personennahverkehr aus. Fahrradwege und Schulwegsicherheit sind uns ebenso wichtig. Eine Riesenaufgabe nach dem Stillstand der letzten Jahre.“

klartext: Und dennoch gibt es Bezirke, die im Kampf gegen Autos weiter die Straßen verpollern, so dass nicht einmal mehr Rettungskräfte von Polizei und Feuerwehr durchkommen.

Bonde: „Natürlich müssen Rettungskräfte ungehindert an einen potenziellen Einsatzort kommen können. Hier liegt die Verantwortung bei den Bezirken, die selbstverständlich verpflichtet sind, Feuerwehr und Polizei vor der Einrichtung von Durchfahrbeschränkungen zu informieren und auf konkrete Einwände zu reagieren. Ich werde hier eine berlinweit einheitliche Regelung mit den Bezirken vereinbaren.“

Dirk Stettner: „Poller dürfen niemals schnelle Hilfe behindern – darauf müssen alle Bezirke achten. Wir wollen lebenswerte Kieze und leistungs-

Investitionen in den ÖPNV sind wichtig und weiterhin dringend notwendig. Doch wir haben auch alle anderen Verkehrsteilnehmer im Blick.

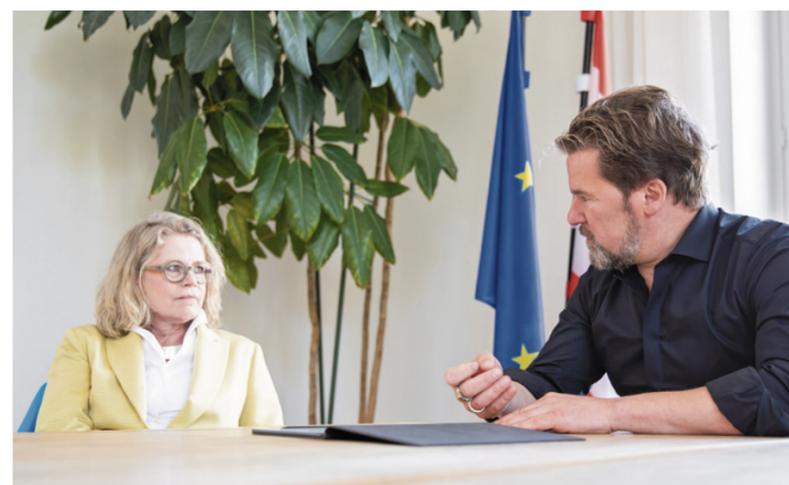
Ute Bonde
Senatorin für
Mobilität, Verkehr,
Klimaschutz und
Umwelt

fähige Hauptstraßen. Wir dürfen auch nicht für einige wenige ganz viele behindern. Ausgewogenheit beim pragmatischen Erreichen der Ziele – das ist unser Weg.“

klartext: Berlin muss nach rot-grünen Jahren finanziell kräftig auf die Bremse treten. Was könnte das für den Berliner Verkehr bedeuten?

Bonde: „Vieles, was im Verkehrsbereich zu Buche schlägt, gehört zur Daseinsvorsorge. Wir müssen dafür sorgen, dass Schüler in die Schule, Beschäftigte zur Arbeit und Kranke zum Arzt kommen. Wir müssen Straßen reparieren und Gebiete, wo dringend benötigte neue Wohnungen entstehen, verkehrlich erschließen. Und weil wir bis 2045 Berlin klimaneutral machen wollen und müssen, werden auch weitere Lademöglichkeiten für die E-Mobilität in der Stadt benötigt. Wir benötigen kreative Ideen, um die öffentlichen Kassen zu entlasten. Wir sind da dran.“

Stettner: „Die rot-grün-rote Vorgängerregierung hat den Berlinern ein Erbe mit milliardenschwerer Unterdeckung hinterlassen. Das muss die Union jetzt in Ordnung bringen, um die Grundlage für die dringend erforderlichen Investitionen zu schaffen. Wir



müssen und werden in den Öffentlichen Personennahverkehr investieren. Nicht wie die Grünen vorher nur Luftbuchungen vornehmen und dann jammern, wenn die Luft rausgelassen wird.“

klartext: Sie stehen für die Magnetschwebebahn. Ist das nur eine private Träumerei oder ein realistisches Zukunftsprojekt?

Bonde: „Realismus und Visionen müssen einander nicht ausschließen. Was die Innenstadt angeht, stehen wir in Berlin ja wirklich gut da mit unseren Verkehrsangeboten. Anders sieht es häufig in den Randbezirken aus und was die Verbindungen ins Umland betrifft. Zudem ist dort auch genug Platz für neue Trassen. Magnetschwebebahnen könnten also in Zukunft gerade auch für Pendler eine praktische Alternative darstellen. Und, nicht zu vergessen, sie können schnell, umweltfreundlich und leise auch dem Transport von Waren dienen.“

Stettner: „Wir sind technologieoffen. Wenn uns eine Magnetschwebebahn hilft, die Außenbezirke schneller und preisgünstig gut anzubinden – dann machen wir das. Ich verstehe die technik- und innovationsfeindliche Haltung der Grünen hier gar nicht. Wenn es gut für Berlin ist, dann machen wir das.“

klartext: Bleiben wir beim Blick nach vorn. Wo liegen bei der Mobilität der Zukunft Ihre Prioritäten?

Bonde: „Dazu zählen das Vorantreiben der Pläne für die Tangential-Verbindung-Ost, durch die Anwohnerstraßen endlich entlastet und unsere Technologiestandorte sowie der BER besser angebunden werden und der Ausbau der Infrastruktur für E-Mobilität. Außerdem ein guter Takt bei Bussen und Bahnen und natürlich auch der weitere Ausbau der Tram-, S- und U-Bahnstrecken. Dies werden wir gerade für die Außenbezirke kombinieren mit einem noch auszubauenden Netz an Rufbussen und guten Sharing-Angeboten. Wir dürfen dabei aber auch nicht vergessen, dass Sauberkeit, Sicherheit und auch die Sanierung von Geh- und Radwegen eine wichtige Rolle spielen.“

klartext: Was wünschen Sie sich im Alltag in Bussen und Bahnen?

Bonde: „Ich wünsche mir manchmal mehr Verständnis für die Fahrerin oder den Fahrer. Die kommen nicht zu spät, weil sie getrödeln haben. Und an dem Ausfall der Bahn oder des Busses zuvor tragen sie auch nicht die Schuld.“

Stettner: „Es gibt leider gerade viele Gründe, sich zu ärgern. Leider haben wir ein Trümmerfeld übernommen und müssen das erst wieder aufräumen. Miserable Ausschreibungen, deswegen keine neuen Wagen, zu wenig Busfahrer... die Liste ließe sich fortsetzen. Wir arbeiten hart daran, das wieder in Ordnung zu bringen. Die Busfahrer und Mitarbeiter der BVG können jedenfalls nichts dafür. Also bitte ich um ein bisschen Gelassenheit trotz des berechtigten Ärgers – es wird sicher besser werden.“



Und jetzt mal ganz persönlich ...

klartext: Womit fahren Sie in Berlin am liebsten?

Bonde: „Da mag ich mich gar nicht festlegen, weil es für mich tatsächlich der abwechslungsreiche Mix an Verkehrsmitteln ist, mit dem man durch Berlin kommt.“

klartext: Werden Sie in Bussen und Bahnen erkannt und angesprochen?

Bonde: „Ja, das passiert. Für mich ist es selbstverständlich, dass ich mich nicht nur theoretisch mit Bus und Bahn beschäftige, sondern eine tägliche Nutzerin bin. Mir geben meine Erfahrungen als Fahrgast jedenfalls in Momenten, in denen ich etwas entscheiden muss, was Einfluss auf den ÖPNV hat, eine gewisse Sicherheit.“

klartext: Welche Zeitkarte benutzen Sie für den Nahverkehr?

Bonde: „Das 49-Euro-Ticket“

klartext: Fühlen Sie sich sicher in Bussen und Bahnen?

Bonde: „Ja, da ist ein großes Gefühl der Sicherheit. Gleichzeitig muss ich aber auch sagen, dass es spät in der Nacht und bei spärlicher Beleuchtung schon mal anders sein kann. Das liegt in der Natur des Menschen.“

klartext: Wie kommen Sie als Rheinländerin mit der Berliner Schnauze klar?

Bonde: „Im Grundgefühl, das sich mit dem Satz ‚Leben und leben lassen‘ umschreiben lässt, sind sich Berliner und Rheinländer nach meiner Erfahrung oft ähnlicher, als sie es einräumen würden. Was hier ‚Berliner Schnauze‘ genannt wird, lässt sich durchaus mit der gelegentlich deftigen Ansprache vergleichen, die der Köbes, der Kellner in der Kölschkneipe, im Umgang mit seinen Gästen pflegt. Ich bin nicht aus Zucker und muss auch nicht in Watte gepackt werden. Ich komme mit den Berlinerinnen und Berlinern richtig gut klar.“

Nehmen alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt in den Blick:
Ute Bonde, Dirk Stettner

Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Angriff scharf verurteilt

Der Angriff durch angebliche propalästinensische Demonstranten auf CDU-Kultursenator Joe Chialo bei einer Veranstaltung hat eine Welle der Empörung ausgelöst. Neben dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner verurteilt auch CDU-Fraktionschef Dirk Stettner diesen Vorgang auf das Schärfste. „Wir werden nicht aufhören, jüdisches Leben zu schützen. Es ist ein Glück für Berlin“, so Stettner.



Senator Joe Chialo
Foto: IMAGO/Methodi Popow

Brandanschläge auf Privat-PKW von Justizkräften – die Politik greift ein

Vorschlag: mehr Videoschutz, Kontrollstreifen und bessere Schutzausrüstung

Christian ist 36 Jahre alt, Familienvater, arbeitet als Vollzugsbeamter in einer Berliner Haftanstalt und hat jahrelang auf sein Auto gespart. Jetzt macht er sich Sorgen, dass es vielleicht vor seinem Arbeitsplatz in Brand gesteckt und zum Totalschaden wird.

Für einige seiner Kollegen ist dieser Alptraum in den letzten Monaten leider zur bitteren Realität geworden. Auf einem einschlägigen linken Szeneportal haben sich Gewalttäter zu diesen fiesen Brandanschlägen bekannt.

Mehr Schutz für JVA-Beschäftigte

Deshalb greift die Berliner Politik jetzt durch: Die Beschäftigten



Justizvollzugskräfte sollen besser vor Anschlägen geschützt werden Foto: IMAGO/IPON

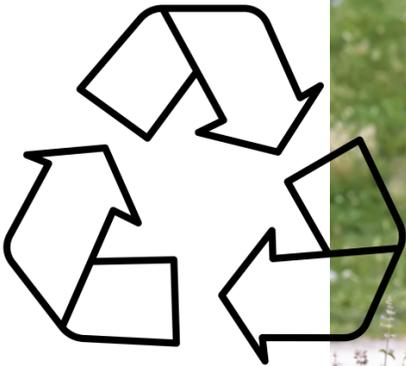
müssen besser geschützt werden, Täter konsequent verfolgt werden.

Dazu sollen nach Vorschlägen der CDU-Fraktion Mitarbeiter besser geschult und mit modernster Sicherheitstechnik ausgerüstet werden. Videoschutz, mehr Licht und verstärkte Kontrollstreifen zusammen mit der Polizei sollen abschrecken bzw. eine schnelle Aufklärung sicherstellen.

Eine Frage der Wertschätzung

„Die Bediensteten im Justizvollzug sind täglich mit großen Herausforderungen konfrontiert und leisten unverzichtbare Arbeit zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und

zur Resozialisierung der Inhaftierten“, heißt es in einem Beschlusspapier der CDU-Fraktion. „Ihre Sicherheit und die Sicherheit ihres Eigentums müssen daher oberste Priorität haben.“



Mehr Papierkörbe und mehr Mülltrennung – mit diesen und weiteren Ideen will die CDU-Fraktion Berlin Schritt für Schritt sauberer machen
Foto: IMAGO/Arnulf Hettrich

Schritt für Schritt für mehr Sauberkeit und ein lebenswerteres Berlin

Zehn Punkte-Plan: mehr Papierkörbe, mehr Mülltrennung, höhere Bußgelder

Mehr Sauberkeit, weniger Schmierereien und Vandalismus, damit Berlin noch lebenswerter wird. Erste wichtige Entscheidungen dazu sind auf den Weg gebracht, weitere werden folgen. Mit einem 10-Punkte-Plan wird Berlin Schritt für Schritt sauberer und schöner.

So soll die Zahl der Abfall-eimer in den nächsten sechs Jahren von jetzt 25.000 auf 30.000 erhöht werden. An belebten Orten der Stadt wird künftig Mülltrennung (Papier, Glas, Verpackungen, Biomüll und Restmüll) angeboten. Dasselbe soll auch in allen öffentlichen Gebäuden Berlins eingeführt werden.

Pfandsystem für Akkus und Batterien

Es gilt die Devise: Müllvermeidung und Recyclen haben Vorrang. Einer Lösung für „To-Go“-Kaffeebecher, deren Beschichtung leider eine effektive Wiederverwertung verhindert, muss erarbeitet werden. Ein Pfandsystem soll sicherstellen, dass Akkus und Batterien nicht mehr im Sammelmüll landen.

Wer selbst zum Besen greift

Eigeninitiativen von Berlinern werden durch die Stadtreinigung BSR unterstützt etwa

Auf
30.000
soll die Zahl der Abfall-eimer erhöht werden

durch Beratung und die Bereitstellung von Material und Sicherstellung der Abholung. Auf Wunsch sollen Partnerschaften und Kooperationen mit Berlinern, Vereinen und Unternehmen vereinbart werden können.

Mehreinsatz der BSR-Saubermänner

Darüber hinaus wird der Senat erweiterte Öffnungszeiten von Sperrmüllhöfen der BSR an Wochenenden in den Blick nehmen. Kostengünstige Sperrmüllabholungen sollen auch in Tagesrandzeiten, also in den Morgen- bzw. Abendstunden, angeboten werden.

Schon jetzt sind Berlins BSR-Saubermänner fleißig in vielen Parks und auf vielen Spielplätzen. Diese Strategie unter dem Motto „Saubere Stadt“ hat sich bewährt. Deshalb sollen ihre Einätze schrittweise ausgeweitet, die Grünflächenämter der Bezirke dadurch noch mehr entlastet werden.

Verschärfte Bußgelder

Wer seinen Müll einfach auf die Straße schmeißt, muss mit höheren Strafen rechnen. Dasselbe gilt für diejenigen, die ihren Schutt und Schrott irgendwo illegal ablegen. Hierzu hat die CDU in der Koalition bereits einen verschärften

Bußgeldkatalog vorgelegt. Eine schnelle Zustimmung des Koalitionspartners wäre wünschenswert. Zusätzlich soll eine Taskforce „Müll-Ermittler“ gegen Umweltsünder und Schmutzfinken vorgehen. Der neue Zehn-Punkte-Plan der CDU-Fraktion: eine saubere Sache für Berlin.

Tschüss Bürokratie! Hallo „Schneller-Bauen-Gesetz“

Berlin macht jetzt Tempo beim Bau von bezahlbaren Wohnungen

Zeit ist Geld. Das gilt insbesondere beim Wohnungsbau. Mit dem „Schneller-Bauen-Gesetz“ sagt Berlin jetzt der Bau-Bürokratie den Kampf an. Das Gesetz dazu liegt dem Abgeordnetenhaus bereits zur Beratung vor. Ein immenses Vorhaben mit insgesamt 41 Änderungen in neun Landesgesetzen.

So will Berlin eine Schippe drauflegen: Planungs- und Genehmigungsverfahren werden vereinfacht, verbindliche Prüf- und Bearbeitungsfristen eingeführt und Zuständigkeiten zwischen Landes- und Bezirksebene klarer geregelt.

So soll künftig eine Genehmigungsfiktion den schnelleren Baustart ermöglichen. Danach sollen Anträge grundsätzlich vier Wochen nach Einreichung automatisch als genehmigt gelten, wenn diesen nicht in dieser Frist widersprochen wurde.

Zudem sollen beim Denkmal- und dem Naturschutz nur noch bundesrechtliche Regelungen gelten, nicht mehr die weitergehenden Bestimmungen des Landes.



Bauen soll in Berlin durch weniger bürokratische Hemmnisse schneller vorangehen
Foto: IMAGO/photothek

Mehr Tempo bei Baugenehmigungen

Zuständigkeiten zwischen dem Land und den Bezirken werden klarer geregelt. Sie werden stärker auf den Senat konzentriert. Ziel ist es, dass Bauherren schneller als bisher wissen, wann mit einer Baugenehmigung zu rechnen ist. Das schafft Planungssicherheit.

Für Großprojekte ist ein neues Entscheidungsgremium vorgesehen. Dort sollen etwaige Probleme und Hindernisse erkannt und aus dem Weg geräumt werden. Mit mehr Digitalisierung soll vieles einfacher und Mitarbeiter entlastet werden.

Neue Wohnungen für alle Einkommen

Die Reform schafft die Voraussetzung, die Neubauziele Berlins zu erreichen. So soll neuer Wohnraum für alle Einkommensschichten schneller als bisher geschaffen werden, auch neue Sozialwohnungen.

Mehr Gesundheit, weniger Bürokratie

Mit einem Aktionsbündnis mit Mitgliedern des Senats, des Medizinischen Dienstes, der Berliner Krankenhausesgesellschaft sowie Vertretern der gesetzlichen Krankenkassen soll dem Amtsschimmel in Berlins Kliniken Beine gemacht werden. Dazu sollen Entgeltverhandlungen, medizinische Begründungen und vieles mehr vereinfacht und beschleunigt werden. Diese Initiative der CDU-Fraktion beruht auf einem erfolgreichen Modellprojekt des Freistaates Bayern.



Von Stillstand zu mehr Gesundheit

Foto: IMAGO/Funke Foto Services

Tiere schützen, Tafel stärken

Die Berliner Tiertafel hilft Berlinern, damit sie in finanzieller Not ihre Lieblinge auf zwei und vier Pfoten oder Krallen weiter gut versorgen können. Die bisherige Förderung dieses ehrenamtlichen Engagements durch das Land Berlin in Höhe von 100.000 Euro soll auf Vorschlag der CDU-Fraktion in den nächsten Jahren verstetigt, Beratungsangebote weiter ausgebaut werden.



Hunde profitieren von der Tafel
Foto: IMAGO/Westend61

Vom Drogenproblem-Görli zu echtem Naherholungspark

Grüne im Bezirk scheitern mit Klage gegen Zaunpläne des Berliner Senats

Aggressive Drogendealer, Spritzen- und Koksfunde: Die Lage im Görli, einem der größten Drogenumschlagplätze der Stadt, spitzt sich gefährlich zu. Doch die Grünen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg torpedieren weiter jeden Versuch, die Lage für Besucher zu verbessern.

Selbst ein Schutzzaun mit mindestens 17 verschließbaren Eingängen und 40 zusätzlichen Leuchten lehnen Grüne kategorisch ab. Der CDU-geführte Senat machte daher von seinem Eingriffsrecht Gebrauch. Die Grünen klagten dagegen und sind damit vor dem Berliner Verwaltungsgericht vorerst gescheitert, über ihre Beschwerde gegen die Entscheidung wurde bisher noch nicht entschieden.

Dabei machen seit Jahren Anwohner Druck: Sie sorgen sich um die Sicherheit. Die Grünanlage gilt berlinweit als eine der am schwersten kriminalitätsbelasteten Orte. 2023 sind von den rund 1450 Straftaten im Görli laut Polizeiangaben die meisten in den Nachtstunden verübt worden.

Tore, Drehkreuze Suchtprävention

Daher machen ein Zaun und nächtliche Schließzeiten Sinn. Geplant: Die Hälfte der Eingänge mit Türen, die andere

1450
Straftaten wurden im Jahr 2023 im Görli verübt



Hälfte mit Drehkreuzen versehen, die nachts nur noch in eine Richtung drehen, so dass ein Verlassen des Parks auch nach Schließung noch möglich ist.

Dazu sollen die Sozialarbeit, die Suchthilfe sowie weitere präventive Projekte und neue Toilettenanlagen für eine Entspannung der Lage sorgen.

Sicherheitskonzept durchsetzen

Die CDU-Fraktion steht zu diesem Sicherheitskonzept: Der Görli soll für Berliner endlich wieder ein sicherer und attraktiver Ort der Naherholung werden.

Der Görli aus der Vogelperspektive: Der Drogenpark soll für Anwohner und Besucher sicherer werden

Foto: IMAGO/Emmanuele Contini

Baubeginn für das Childhood-Haus

Bei ihrem Berlin-Besuch hat Schwedens Königin Silvia mit dem ersten Spatenstich den Startschuss für das neue Childhood-Haus der Berliner Universitätsklinik Charité gegeben. Die Einrichtung betreut Kinder und Jugendliche, die sexuelle Gewalt erfahren mussten. Sie besteht seit 2020 und erhält ein eigenes Gebäude.



Silvia von Schweden mit den Senatorinnen Felor Baden-Berg und Katharina Günther-Wünsch beim feierlichen Spatenstich zum Childhood-Haus
Foto: IMAGO/Future Image

Bis zu 30.000 Euro: Bußgelder gegen gewissenlosen Cannabis-Konsum

Gesundheitsschutz der Berliner muss weiterhin hohe Priorität haben

Angststörungen, Depressionen, Herzrasen, Übelkeit, Schwindel – die Liste der Gesundheitsgefahren durch Cannabis-Konsum ist lang. Trotzdem haben die Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP entgegen aller Warnungen dafür eine Teillegalisierung beschlossen. Für die Berliner CDU-Fraktion hat dagegen der Gesundheitsschutz weiter klar Vorrang.

So will die CDU dem ungebremsten Cannabis-Gebrauch klare Regeln und Grenzen setzen und deren Einhaltung mit hohen Bußgeldern durchsetzen – nach Beispiel anderer Bundesländer wie Hamburg, NRW und Bayern.

Regel-Verstöße werden teuer

In einem Beschlusspapier der Fraktion werden Tatbestände aufgeführt, zum Beispiel:

- 1000 Euro muss zahlen, wer vorsätzlich oder fahrlässig Cannabis in Gegenwart Minderjähriger raucht.
- 500 Euro werden fällig, wer



Klare Regeln und empfindliche Bußgelder gegen verantwortungslosen Cannabis-Konsum Foto: IMAGO/Bihlmayerfotografie

vorsätzlich oder fahrlässig in Sichtweiten von 100 Metern vor Schulen, Kitas, Sportstätten, Kinder- oder Jugendeinrichtungen sowie Spielplätzen oder tagsüber in Fußgängerzonen kiff.

- 500 bis 1000 Euro kostet es, wer vorsätzlich oder fahrlässig mehr als 50 und weniger als 60 Gramm Haschisch bei sich hat.
- Bis zu 30.000 Euro zahlt, wer vorsätzlich oder fahrlässig Cannabissamen einführt, die nicht aus EU-Mitgliedsstaaten stammen und nicht für den privaten oder gemeinschaftlichen Eigenanbau genutzt werden.

Einstiegsalter bei Cannabis: 14,6 Jahre

Vollzogen werden sollen diese neuen Sanktionen für Täter bereits ab einem Alter von 14 Jahren. Denn zur traurigen Wahrheit gehört eben leider auch, dass das Einstiegsalter nach einer Erhebung der Berliner Fachstelle für Suchtprävention im Schnitt bei 14,6 Jahren liegt.

Notstrom und Digitalfunk im Krisenfall

Im Krisen- und Katastrophenfall sollen die Berliner bei längeren Stromausfällen Hilfe bekommen. Dazu werden schrittweise alle Bezirke mit Notstromversorgung und Digitalfunkgeräten ausgestattet. Eine ganze Reihe von Standorten sei bereits fertig, andere noch in Planung, heißt es im Senat. Ein neues Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement soll bald in der Senatsinnenverwaltung seine Arbeit aufnehmen und die Schnittstelle zu den Bezirken bilden.



Anlaufstellen helfen im Notfall

Foto: IMAGO/snapshot



QR-Code scannen oder unter:
www.klartext-berlin.de

Jetzt auch
DIGITAL
lesen, was
mir nützt!

Aktuelles aus der Stadt,
Deinem Kiez & unserem
Berliner Parlament.

klartext



klartext

Kiez-Ausgabe

Neues aus den Kiezen Bohnsdorf, Grünau, Schmöckwitz, Köllnische Vorstadt/Spindlersfeld und Dammvorstadt

Verbesserung der sozialen Infrastruktur in Spindlersfeld, Dammvorstadt und Köllnische Vorstadt

Abgeordnete Lisa Knack im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern

In den Berliner Stadtteilen Spindlersfeld, Dammvorstadt und Köllnische Vorstadt wird die soziale Infrastruktur zunehmend zum zentralen Thema. Gerade in diesen Bereichen, wo die Nahversorgung und Sauberkeit direkt den Alltag der Bewohner beeinflussen, sind Maßnahmen zur Verbesserung besonders wichtig. Abgeordnete Lisa Knack hat sich in der Sommerzeit in diesen Vierteln intensiv mit den Anliegen der Bürger auseinandergesetzt. Bei ihrem Format „Auf einen Kaffee mit Ihrer Abgeordneten“ bot sie den Anwohnern die Gelegenheit, ihre Sorgen und Wünsche direkt anzusprechen.

„Ich habe in vielen Gesprächen immer wieder gehört, dass die Nahversorgung verbessert werden muss. Die Menschen wünschen sich nicht nur mehr Einkaufsmöglichkeiten, sondern auch eine bessere Erreichbarkeit von Dienstleistungen“, so Knack. Gerade in einem Umfeld, das durch seine Vielfalt an Bewohnern besticht – von jungen Familien bis hin zu älteren Menschen – ist es essentiell, eine ausreichende Nahversorgung sicherzustellen.

Abhilfe könnte hier der neue Nahversorgungsplan schaffen, der im November durch den Bezirk vorgestellt wird. Dieser Plan soll detailliert darlegen, wie die Versorgung in den verschiedenen Gebieten verbessert werden kann. „Ich werde genau darauf achten, dass die spezifischen Bedürfnisse von Spindlersfeld, Dammvorstadt und Köllnischer Vorstadt berücksichtigt werden“, betont Knack.

Neben der Nahversorgung war das Thema Sauberkeit ein weiterer Schwerpunkt in den Gesprächen mit den Bürgern. Viele Anwohner klagten

Einladung zum Gespräch

Bild: Büro Lisa Knack

Auf einen Kaffee mit Lisa Knack
Ihre Abgeordneten für Bohnsdorf, Grünau, Schmöckwitz, Köllnische Vorstadt, Spindlersfeld und Dammvorstadt

Aus dem Kiez für den Kiez

Telefon 030 91 20 27 95
E-Mail info@knack-tk.de
Internet www.knack-tk.de

über fehlende oder überfüllte Mülleimer, was zu einer sichtbaren Vermüllung in den Stadtteilen führt. „Die Sauberkeit in unseren Vierteln muss verbessert werden. Ich möchte, dass die Menschen sich hier wohlfühlen und dazu gehört auch eine saubere Umgebung“, erklärt die Abgeordnete.

Um dieses Problem anzugehen, plant Knack die Aufstellung zusätzlicher Mülleimer an strategisch wichtigen Stellen. Hierbei setzt sie auf die Mithilfe der Bürger: „Ich freue mich über Hinweise, wo noch Mülleimer fehlen. Nur gemeinsam können wir erreichen, dass unsere Stadtteile sauberer werden.“



Lieber Anwohner und Anwohnerinnen,

die Ferienzeit ist vorbei und der Alltag zieht wieder ein. Im Wahlkreis gab es viele schöne Veranstaltungen und ich habe den Sommer genutzt, um mit Ihnen/Euch noch besser in den Kontakt zu treten.

Ein wichtiges Thema in den Sommermonaten war die Ärzteversorgung in Grünau. In dieser Ausgabe finden Sie/Ihr den aktuellen Stand. Auch die Nahversorgung in Spindlersfeld wurde oft an mich herangetragen. Neben den zwei wichtigsten Themen ist in diesem klartext von meinem Besuch bei der BSR und der Polizei zu lesen und wie Sie/Ihr weiterhin gut mit mir in den Austausch kommen können.

Ich wünsche Ihnen/Euch viel Spaß beim Lesen. Wenn Sie/Ihr Themen haben, welche Sie/Euch in Bohnsdorf, Grünau, Schmöckwitz, Köllnische Vorstadt/Spindlersfeld oder Dammvorstadt bewegen oder diese bisher nicht im Blickfeld von Politik sind, können Sie/Ihr mir gerne eine Mail unter info@knack-tk.de schreiben oder in meine Bürgerbüro unter 030-91 20 27 95 anrufen. Ich freue mich über jede Rückmeldung.

Viele Grüße Ihre/Eure

Lisa Knack
Lisa Knack

Ihre Abgeordnete für Bohnsdorf, Grünau, Schmöckwitz, Köllnische Vorstadt/Spindlersfeld und Dammvorstadt

Berliner Praktikum (Teil 1) – Ein Tag bei der BSR

Einblicke am Standort Spindlersfeld in der Oberspreestraße

„Ein Tag Einsatz bei einem öffentlichen Berliner Arbeitgeber.“ Im August durfte die Abgeordnete Knack dieses Projekt bei der Berliner Stadtreinigung (BSR) starten. Einen Tag lang haben ihr die Kollegen am Standort in Spindlersfeld, Einblick in ihren abwechslungsreichen und spannenden Tagesablauf gewährt.

Um unsere Stadt sauber zu halten, kümmert sich die BSR nicht nur um die Abfallbeseitigung von zwei Millionen Haushalten. Sondern die Kollegen der BSR sorgen auch für saubere Straßen, Wege und Plätze und im Winterdienst für sichere Straßen. Und nebenbei wird sich auch noch um unseren Sperrmüll auf 14 Recyclinghöfe gekümmert. Diese und weitere unver-



Lisa Knack im Einsatz bei der BSR

Foto: Lisa Knack

”

Für über 2000 Berliner bereits ein Toparbeitgeber mit vielen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Lisa Knack

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

zichtbaren Aufgaben werden durch Deutschlands größtes kommunales Stadtreinigungsunternehmen mit ca. 6200 Mitarbeitern erledigt.

„Ich bin sehr dankbar für die mir gewährten Eindrücke in die Arbeit bei der Berliner Stadtreinigung. Es ist beeindruckend wie viel Müll täglich allein am Recyclinghof der BSR in der Oberspreestraße in Spindlersfeld fachgerecht getrennt und nachhaltig entsorgt, respektive recycelt wird. Ebenso fiel auf, wie breit gefächert das Aufgabenspektrum der BSR ist. Vielen Dank an die netten Kollegen, die täglich ihren Einsatz für uns alle leisten“, resümiert die direkt gewählte Abgeordnete Lisa Knack.



Auf einen Kaffee mit Ihrer Abgeordneten

In diesem Herbst würde ich gern mit Ihnen bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch kommen. Dafür können Sie sich in meinem Büro telefonisch unter der 030 91 20 27 95 oder per Mail unter info@knack-tk.de melden und einen Termin vereinbaren. Dann komme ich gern mit dem Kuchen ihrer Wahl zu Ihnen nach Hause.



Informationsveranstaltung zur Berliner Schulgesetznovelle

Am 15. Oktober um 18 Uhr wird der Bezirksstadtrat Marco Brauchmann zusammen mit der Staatssekretärin Christina Henke die erarbeitete Berliner Schulgesetznovelle umfassend vorstellen. Interessierte können sich per Mail über info@knack-tk.de, oder telefonisch unter der 030 91 20 27 95 anmelden. Der Veranstaltungsort wird nach Anmeldung mitgeteilt.

Anmeldung zum Veranstaltungsverteiler

Sie möchten regelmäßig per Mail über politische Veranstaltungen in Ihrem Wahlkreis informiert werden, dann melden Sie sich zu unserem digitalen Verteiler per Mail über info@knack-tk.de an.

Arztversorgung in Treptow-Köpenick

Mangelware Fachkräfte – Hürden und Chancen

Wer in Berlin umzieht, zieht, oder unmittelbar von einer geschlossenen Arztpraxis betroffen ist, steht regelmäßig vor einem Problem: Wo finde ich meinen neuen Hausarzt? Ein bestehendes Ärgernis vieler Bürger als Symptom des deutschlandweit vorliegenden Problems – dem Fachkräftemangel. Doch wie sieht die Versorgung von Arztpraxen in Berlin wirklich aus?

Statusbericht der kassenärztlichen Vereinigung 2023 – die hausärztliche Versorgung

Folgend dem Bedarfsplan 2023 der kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlins, liegt in Berlin eine im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich hohe Arztdichte in allen Arztgruppen, die der Bedarfsplanung unterliegen, vor. Danach überschreitet der Versorgungsgrad Berlins in allen Arztgruppen das bedarfsplanerische Soll von 100 Prozent. Problematisch jedoch ist die nicht gleichmäßige Verteilung der Arztpraxen in den jeweiligen Bezirken. Insb. der Arztgruppen, für die eine wohnortnahe Versorgung gewährleistet werden soll, wie die der Hausärzte. Hier liegt für den Bezirk Treptow-Köpenick eine Versorgungsgrad-dichte von lediglich 81 Prozent vor.

Bezirkliche Attraktivität steigern

Um eine gleichmäßig gute hausärztliche Versorgung in Berlin zu erzielen, wird auf Landesebene Berlin zukünftig für diese Arztgruppen in

Rechnerische Versorgungsgrade auf Bezirksebene Arztgruppe der Hausärzte

Versorgungsgrade zum 01. Juli 2020 mit Berücksichtigung der vergebenen Sitze zum 01.10.2020

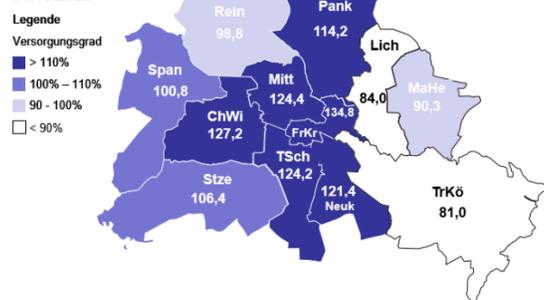


Bild: Bedarfsplan 2023 der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, Seite 6/36. https://www.kvberlin.de/fileadmin/user_upload/bedarfsplanung_zulassung/bz_bedarfsplan.pdf

unterschiedliche Planungsbe-reiche eingegliedert. Danach steht Treptow-Köpenick im Planungsbereich III, welche für diese Arztgruppe den höchsten Handlungsbedarf darstellt und folglich als prioritär eingestuft wird. „Die Priorisierung von Treptow-Köpenick bei der Beschaffung von weiteren Hausarztpraxen ist ein wichtiger Schritt. Jedoch sind zeitgleich bezirkliche Maßnahmen notwendig zur Steigerung der Attraktivität von neu niedergelassenen Arztpraxen in unserem Bezirk. Oft sind Standortfaktoren wie die vorhandene Infrastruktur Gründe, welche praktizierende Ärzte in das Stadtzentrum ziehen. Fakt ist, Arztpraxen sind privatwirtschaftliche Unternehmen. Zwingen können wir niemanden sich in unserem Bezirk niederzulassen. Erschwerend kommt das zukunftsrelevante und sektorenübergreifende Problem des Fachkräftemangels hinzu. Auch auf Bundesebene laufen Prozesse zur Harmonisierung der medizinischen Ausbildungsberufe und zur Förderung der An-

erkennung ausländischer Ausbildungsstandards“, hält Lisa Knack (MdA) fest.

Auf mündliche Nachfrage des Bezirksstadtrats Matthias Dehmel (stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion Treptow-Köpenick) teilte das Bezirksamt durch Frau Carolin Weingart (Bezirksstadträtin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe) mit, das Gesundheitsamt stehe im ständigen Dialog mit der KV Berlin. Jede Praxisgründung von niederlassungswilligen Ärzten wird mit Förderungen des Bezirks, des Senats und der KV selbst begleitet. Ebenso teilte Frau Weigert mit, dass über 40 offene Hausarztstellen in Treptow-Köpenick unbesetzt seien. Zeitgleich gingen lediglich zehn Bewerbungen ein. Eine konkrete ordnungsrechtliche Handhabung für die gezielte Niederlassung von freischaffenden Ärzten gibt es nicht.

Erste Praxis der KV in Treptow-Köpenick – neues Konzept macht Hoffnung

Um dem steigenden Druck insbesondere in den östlichen Bezirken gerecht zu werden hat die Kassenärztliche Vereinigung ein neues Konzept ins Leben gerufen. Seit Mitte 2022 eröffnet die KV Praxis Berlin GmbH eigene Praxen. In Kürze soll es auch eine Praxis in Treptow-Köpenick in der Salvador-Allende-Str. 2, 12559 Berlin geben. Hintergrund ist hier, dass Ärzte hier ganz regulär angestellt werden können und so selbst nicht den Druck haben selbst eine Praxis gründen zu müssen.

Grünauer Bürgerengagement – Unterschriftensammlung in der Apotheke an der Dahme

„In diesem Sommer wurde ich von zahlreichen Bürgern kontaktiert, dass eine Arztpraxis im Ortsteil Grünau zum Herbst schließt, da kein Nachfolger gefunden wurde. Durch die wegfallende Arztpraxis fällt für viele Bürger die wohnortnahe Arztversorgung weg, was insb. für Hochbetagte und Menschen mit eingeschränkter Mobilität ein großes Problem ist. Desto mehr begrüße ich das Bürgerengagement, dass in der Apotheke an der Dahme aktuell Unterschriften gesammelt werden, um einen etwaigen Petitionsantrag anzustoßen. Es ist wichtig, Druck auszuüben und auf den vorliegenden akuten Handlungsbedarf unermüdlich hinzuweisen. Wir müssen mit allen Anstrengungen die freien Arztstellen besetzt bekommen. Jede freie Niederlassungsmöglichkeit bietet ein hohes Chancenpotential“ (Lisa Knack, MdA).

Quellen Inhalt:

Bedarfsplan 2023 der kassenärztlichen Vereinigung Berlin: https://www.kvberlin.de/fileadmin/user_upload/bedarfsplanung_zulassung/bz_bedarfsplan.pdf
Bezirksamt Treptow-Köpenick, 27. (ordentliche, öffentliche) Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung, Mündliche Anfragen: <https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/to020.asp?TOLFDNR=67975>

Berliner Praktikum (Teil 2) – Ein Tag bei der Polizei

Nachtschicht auf Streife am Polizeiabschnitt 35

„Ein Tag Einsatz bei einem öffentlichen Berliner Arbeitgeber!“ Hier führt kein Weg an einer Institution vorbei. Ob Strafverfolgung, oder die alltägliche Gefahrenabwehr, unsere Kollegen der Berliner Polizei haben immer etwas zu tun.

Sie zeigen Präsenz auf den Straßen, übernehmen Personen- und Objektschutz, auch bei Staatsbesuchen. Als größte Sicherheitsbehörde des Landes Berlin mit über 25.000 Bediensteten wird



Foto: Lisa Knack

auch für die Verkehrssicherheit zu Land und zu Wasser gesorgt. Darüber hinaus werden Ansprechpersonen und Beratungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen und Anlässe bereit gestellt. Im Jahr 2023 wurden in Berlin 536.697 Straftaten registriert. Dank des unermüdlichen Einsatzes der Berliner Polizei konnten über 140.000 Tatverdächtige ermittelt werden.

„Vorab meiner Nachschicht auf Streife, durfte ich mit den Kollegen der 3. Direktion (Ost)

sprechen. Gerade diese niedrigschwellige und direkte Ansprechmöglichkeit von Polizeibediensteten ist unverzichtbar. Aufklärungsarbeit und Kriminalitätsprävention sind ebenso wichtig wie ein umfassender Opferschutz. Ich bin dankbar für jede Polizistin und jeden Polizisten, welche das Leben in dieser Stadt jeden Tag ein bisschen sicherer machen.“, hält die direktgewählte Abgeordnete Lisa Knack fest.

„Absolut unverständlicher ist es, dass Polizeivollzugs-

kräfte sowie die Feuerwehr und sonstige Rettungsdienste zunehmend selbst Opfer von Gewalttaten werden. Allein 2023 liegen über 9000 Angriffe auf genannte Gruppen vor. Gesellschaftliche Anerkennung für die im Dienst stehenden Kollegen muss gestärkt werden, damit unsere Kollegen sich ihrer Hauptaufgabe ungestört widmen können: Uns allen in Notlagen zu helfen!“ (Lisa Knack, MdA).



Haben Sie Themen in Bohnsdorf, Grünau, Schmöckwitz, Köllnische Vorstadt/Spindlersfeld oder Dammvorstadt? Ihre Abgeordnete Lisa Knack ist für Sie da!

HIER FINDEN SIE ANTWORTEN UND HILFE

Bürgerbüro von Lisa Knack
Schulzendorfer Straße 82, 12526 Berlin

☎ (030) 91 20 27 95
✉ info@knack-tk.de

🌐 www.knack-tk.de
📷 [@lisaknack_mda](https://www.instagram.com/lisaknack_mda)